

Für eine zivilisierte Bildung und Wissenschaft

Aus dem DUDEN-Herkunftswörterbuch (DUDEN Bd. 7, 2001):

Zivilisation

„die Gesamtheit der durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geschaffenen [verbesserten] Lebensbedingungen“

zivilisieren

„gesittet machen, verfeinern, kultivieren; mit der Zivilisation vertraut machen“

Kein bisschen Frieden ...

Johan Galtung, der bekannte norwegische Friedens- und Konfliktforscher, unterscheidet verschiedene Arten von Gewalt: direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt. *Direkte Gewalt* bezeichnet den Typus von Gewalt, bei der es einen spezifischen Akteur gibt und die daher auch eher sichtbar ist. *Strukturelle Gewalt* geht zurück auf (repressive oder ausbeuterische) Machtverhältnisse, auf ökonomische, rechtliche, organisatorische Strukturen etc. Unter den Begriff der *kulturellen Gewalt* fasst Galtung insb. die Legitimationsprozesse, die innerhalb einer Kultur direkte oder strukturelle Gewalt rechtfertigen. Direkte Gewalt manifestiert sich somit – nach Galtung (1998) – als ein Ereignis, strukturelle Gewalt hingegen ist ein Prozess. Kulturelle Gewalt wiederum zeichnet sich seiner Ansicht nach durch eine längerfristige Stabilität aus, weshalb er sie beschreibt als „eine Invariante, eine ‚Permanenz‘, die aufgrund der nur langsamen Transformationen grundlegender Aspekte der Kultur über lange Zeiträume hinweg im wesentlichen unverändert bleibt“ (S. 348). Beispiele hierfür findet Galtung u.a. in Religion, Ideologien, Kunst, Sprache und auch Wissenschaften (1990, S. 296ff).

Die drei genannten Gewalttypen sind dabei nicht unabhängig voneinander, sondern können sich gegenseitig befruchten: „Gewalt kann ihren Ausgang nehmen an jeder Ecke des Dreiecks direkte-strukturelle-kulturelle Gewalt und leicht zu den anderen Ecken überspringen“ (1998, S. 365). Vor dem Hintergrund institutionalisierter struktureller Gewalt und internalisierter kultureller Gewalt manifestieren sich beispielsweise Tendenzen, direkte Gewalt selbst auch zu institutionalisieren (1990, S. 302). Umgekehrt kann direkte Gewalt ihrerseits wieder strukturelle und kulturelle Gewalt verstärken.

Solch ein differenzierter Gewaltbegriff impliziert auch ein erweitertes Friedenskonzept: Galtung unterscheidet daher zwischen *negativem Frieden*, der einzig durch die Abwesenheit von direkter Gewalt (z. B. in Form von zwischenstaatlichem Krieg) gekennzeichnet ist, und dem Konzept eines *positiven Friedens*, der durch Wegfall von Ausbeutung, Unterdrückung, Entfremdung sowie Verwirklichung von Entwicklungschancen und sozialer Gerechtigkeit gekennzeichnet ist. Frieden in diesem Sinne ist Bedingung für eine Entwicklung ohne Gewalt (vgl. Galtung 1998, S. 387). Weiterhin betont Galtung, dass es hierbei aber nicht um eine statische Systemeigenschaft geht. Infolgedessen formuliert er ein „Dynamisches Friedenskonzept“: „Frieden haben wir dann, wenn eine kreative Konflikttransformation ohne den Einsatz von Gewalt stattfindet“ (S. 458) – Kriterium für Frie-

den ist somit die Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen. Erforderlich hierfür ist gleichermaßen eine Friedensstruktur wie auch eine Friedenskultur. Dem entgegen steht jedoch die bis heute in vielen Köpfen fest verwurzelte Überzeugung, Frieden sei nur durch Stärke erreichbar. Boehnke, Christie und Anderson zeigen gleichermaßen die Langlebigkeit und die Verbreitung solcher kultureller Überzeugungen auf, wenn sie schreiben: „Die dominante kulturelle Überlieferung unserer Zeit entstammt der Antike. Sie lautet: ‚Si vis pacem para bellum!‘¹ und findet sich fast wortgleich im vormaligen Credo der Nationalen Volksarmee der DDR ‚Der Frieden muss bewaffnet sein!‘“ (2004, S. 35).

Auch wenn Galtungs Gewalttypologie wegen ihrer mangelnden begrifflichen Schärfe oder Operationalisierbarkeit kritisiert wurde, bietet sie jedoch einen guten Ausgangspunkt, die unterschiedlichen Ebenen von Individuum, gesellschaftlichen Strukturen und Kultur in Zusammenhang mit den Fragen Gewalt bzw. Krieg zu betrachten.

Weltpolitik und Kriegskultur

Die Debatten um Rüstungsforschung oder Dual-Use² an Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie die Diskussionen über Werbeveranstaltungen von Militärkräften wie der Bundeswehr in Schulen und auf Bildungsmessen sind vordergründig oft gekennzeichnet durch eine klare Ablehnung und deutlichen Widerstand: Protest wird artikuliert gegen Militarisierung von Bildung, gegen direkte Kooperationen mit Militär oder Rüstungsbetrieben und – weitergehend – gegen die möglichen Dual-Use-Aspekte von Forschung und Entwicklung z. B. an Hochschulen.

Die einführenden Bemerkungen zu Galtungs Gewalt- und Friedensbegriff machen deutlich, warum eine derartige Position zwar sinnvoll und notwendig ist, aber so nicht ausreicht. Die real vorhandenen Rüstungsarsenale sowie das in vielen militärischen Strategiepapieren ausgedrückte Streben nach (u.a. auch technologischer) Überlegenheit belegen die immanenten Strukturen von Unfriedlichkeit.

Ein häufig geäußerter Vorwurf, wenn man diese Position vertritt, ist, dass ein „idealistischer Radikalpazifismus“ nichts mit der Realität dieser Welt zu tun habe – schließlich gebe es dort Waffen, Konflikte, Bedrohungen, und damit seien Rüstung und militärische Stärke notwendig, um sich zu verteidigen bzw. ggf. anderen beistehen zu können. Dabei wird jedoch verkannt, dass



gerade diese Position im Galtungsschen Sinne einen Teil kultureller Gewalt darstellt. Natürlich lassen sich solche Einstellungen und Haltungen in einer Gesellschaft und erst recht weltweit nicht kurzfristig verändern. Doch andererseits ist genau an dieser Stelle anzusetzen, um der Rechtfertigung direkter Gewalt in Konflikten langfristig entgegenzuwirken und ihr die scheinbare Legitimation zu entziehen.

Die neue Sicherheitspolitik

Die Umbrüche in Osteuropa ließen manch einen kurzfristig hoffen, dass die langjährige Dominanz militärischen Kalküls sowie die Ideologie von Abschreckung und der Notwendigkeit militärischer Stärke zu Ende gehen könnten. Es dauerte jedoch nicht lange, bis George Bush im Kontext der UN-Intervention gegen den Irak eine „neue Weltordnung“ ausrief. Viele glaubten damals, Zeugen einer positiven Veränderung zu werden: Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes könnten die Großmächte zusammenkommen und im Auftrag der UN den gemeinsamen Kampf des *Guten* führen, wenn Frieden und Gerechtigkeit in der Welt von einzelnen *Bösen* bedroht würden. Gerne wurde dabei übersehen, dass – je nach Interessenlage – vorher gerne mit genau diesen *Bösen* kooperiert wurde. Deutlich wird dies z. B. an den Verbindungen der USA mit Saddam Hussein, der zeitweise als Gegner des im Iran regierenden Regimes geschätzt wurde. Als während dieser Zeit eine Delegation irakischer Oppositioneller in Washington um Unterstützung ihrer Bestrebungen nach Einführung einer parlamentarischen Demokratie ersuchte, wurde sie abgewiesen (vgl. Chomsky 1999b). Ähnliches wird nun in jüngster Zeit in Zusammenhang mit den Veränderungen im arabischen Raum offenkundig: Wie sehr wurden zeitweise die jeweiligen Machthaber Ben Ali, Mubarak oder Gaddafi im Westen hofiert!

Die Idee der Hilfe für bedrohte oder unterdrückte Menschen ist orientiert an humanitären Werten und zeugt von gesellschaftlicher Verantwortung. Sie ist nicht zu kritisieren. Zu hinterfragen ist allerdings, dass in den letzten zwei Jahrzehnten der „neuen Weltordnung“ hierunter anscheinend mit zunehmend regelhafter Selbstverständlichkeit militärische Interventionen verstanden werden (wobei die realen Entscheidungskriterien, *in welchen Fällen* interveniert wird, nur teilweise transparent sind; vgl. hierzu auch Chomsky 1999a). Bezogen auf die Bundesrepublik und die neue Rolle der Bundeswehr korrespondiert diese Veränderung auf weltpolitischer Ebene mit den in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom November 1992 skizzierten Planungen, die eine „Wende in der bundesdeutschen Außenpolitik“ markierten, den „Einsatz der Bundeswehr für praktisch beliebige Zwecke“ ermöglichten und damit den Weg zu ziviler Konfliktlösung und Ursachenbeseitigung versperrten (Schluroff 1998, S. 199; für eine Analyse der diesbezüglichen Wende in der bundesdeutschen Presseberichterstattung vgl. Meder 1998; zu den aktuellen Prozessen der Normalisierung militärischer Gewalt im öffentlichen Diskurs vgl. u. a. Jäger 2011).

Die Entwicklungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem damals ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ trieben die Entwicklung weiter voran – militärische Lösungen werden direkt als geeignete Option der Politik und als gerechtfertigte Handlungsoption angesehen. Fuchs (2004, S. 241f) be-

schreibt diesen Weg von den „humanitären Interventionen“ zur Wiedereinführung eines „Rechts auf Kriegführung“ unter der Überschrift „Wiederbelebung der Kriegskultur“. Mit dem Slogan „Kampf gegen internationalen Terrorismus“ werden seither nicht nur Kriegseinsätze gerechtfertigt, sondern auch eine Intensivierung staatlicher Überwachung, Kontrolle und Datensammelerei (d. h. die Intensivierung struktureller Gewalt im Sinne Galtungs) und sogar offensichtliche Verstöße gegen die Menschenrechte bis hin zu Folter.

Militarisierung von Bildung in Deutschland

Will man mittel- und langfristig zu einer echten und nachhaltigen *Neuen Weltordnung* im Sinne einer kulturellen Änderung kommen, charakterisiert durch einen Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg (selbst von diesem Ziel ist man heute ja weiter entfernt als zuvor!), muss früh in Sozialisation und Bildung angesetzt werden. Wer frühzeitig Alternativen zu Gewalt in der Konfliktlösung kennenlernt, mag auch später darauf vertrauen. Die Ausweitung der Wahrnehmungs- und Handlungsspielräume im Zusammenhang mit Konflikten erleichtert es, Gewaltandrohung, Gewaltausübung und damit auch den Einsatz militärischer Machtmittel als in aller Regel inadäquate und konfliktsteigernde Mittel zu erkennen.

Doch der Trend weist derzeit einmal mehr in eine andere Richtung: Mit Blick auf den Umbau der Bundeswehr zu einer Truppe für flexible Einsätze in verschiedenen Teilen der Welt wird die Öffentlichkeitsarbeit pro Militäreinsätze und pro Bundeswehr auch im schulischen Bereich intensiviert. Neben die Frage der gesellschaftlichen Wahrnehmung ihrer Einsätze tritt – vor dem Hintergrund der Aussetzung der Wehrpflicht – für die Truppe die existentielle Notwendigkeit, geeigneten Nachwuchs zu werben.

Bundeswehrpräsenz in Schulen und auf Bildungsmessen

Aus verschiedenen Bundesländern sind Vereinbarungen der Bundeswehr mit Kultusministerien bekannt, die u. a. die Arbeit von Jugendoffizieren in den Schulen verbessern sollen. In anderen Bundesländern entscheiden die einzelnen Schulleitungen über mögliche Kooperationen. Eine aktuelle Dokumentation zum Thema *Bundeswehr und Schule* hat *terre des hommes* in Kooperation mit der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* herausgegeben (tdh/GEW 2011). Im einleitenden Beitrag von Willinger heißt es darin u. a.:

„Besonders an Schulen versucht die Bundeswehr, ihr Image aufzubessern und Nachwuchs zu werben. 2010 erreichten alleine die Jugendoffiziere und Wehrdienstberater der Bundeswehr 340.000 Schüler, darunter auch Kinder von elf Jahren. (...)

Bei ihren Schulbesuchen gibt es kaum Informationen über Risiken der Auslandseinsätze und getötete, verletzte oder traumatisierte Bundeswehrsoldaten sowie über die Gefahren der Konflikteskalation durch den Einsatz von Gewalt. Ebenso wenig kommen Themen wie Gewaltfreiheit und zivile Konfliktlösung zur Sprache. Stattdessen wird die Notwendigkeit militärischer Inter-





ventionen betont und ein heroisches, verharmlosendes Bild solcher Einsätze gezeichnet. Auch Computer- oder Strategiespiele der Bundeswehr wie ‚Politik & Internationale Sicherheit‘ werden systematisch genutzt, um den Einsatz militärischer Gewalt bis hin zur Atombombe zu legitimieren. Jugendoffiziere spielten alleine 2010 mit über 24.000 Schülern und Lehrern dieses Spiel.“ (Willinger 2011, S. 22)

Inzwischen manifestiert sich – getragen von Schüler/innen, Eltern, Lehrer/innen und Öffentlichkeit – immer öfter Widerstand gegen derartige Bundeswehr-Werbeoffensiven. Ziel ist es, entweder gar keine Soldaten einzuladen, oder nur in Kontexten, in denen kontrovers diskutiert wird.

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert scharf die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und hat in einem Beschluss ihres Hauptvorstandes am 31.3.2011 u.a. festgehalten:

„Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden. Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. Die GEW fordert die Landesregierungen auf, entsprechende Passagen in den Kooperationsabkommen zu kündigen.“

(Link zum gesamten Beschlusstext siehe Kasten)

Im Internet finden sich inzwischen viele Seiten, die sich kritisch mit den Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen auseinandersetzen. Als Einstieg seien u.a. empfohlen:

GEW

http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html

Junge GEW

<http://www.jungegew.de/index.php/schule-ohne-bundeswehr.html>

DFG/VK

<http://www.dfg-vk.de/thematisches/schulfrei-fuer-die-bundeswehr/>

IMI-Studie: Die Eroberung der Schulen

http://imi-online.de/download/MSG_Jugendoffiziere_Studie.pdf

Neben Veranstaltungen direkt in Schulen zeigt die Bundeswehr aktuell v.a. bei Bildungsmessen mit großen Ständen, viel Personal und Fuhrpark Präsenz und versucht Schülerinnen und Schüler, die auf der Suche nach Ausbildungsplätzen sind oder vor einer Entscheidung für ein Studium stehen, für Ausbildung und Karriere bei der Bundeswehr zu begeistern. Selbstverständlich nutzt die Bundeswehr auch Medien aller Art für die gezielte

Ansprache von Jugendlichen, u.a. betreibt sie ein Community-Portal mit Namen treff.bundeswehr.de (Slogan: „... mehr erleben!“), wirbt für die Teilnahme an den *Bundeswehr Adventure Games* (Slogan: „Abenteuer pur“) und ist selbstverständlich auch in Facebook präsent.

In ihrer vor kurzem fertiggestellten Bachelor-Arbeit hat Lena Sachs in dankenswerter Weise die Rolle der Bundeswehr an Schulen historisch und vor allem bezogen auf die gegenwärtige Debatte aufgearbeitet. Insbesondere kritisiert sie, *„dass die Bedingungen, welche der Bundeswehr die Türen zu den Schulen öffnen und durch welche die Zusammenarbeit gerechtfertigt wird, nicht eingehalten werden können. Wie auch die Analyse der Unterrichtsmaterialien zeigte, sind weder das Verbot von Nachwuchswerbung, noch die Grundsätze der politischen Bildung durch den Einbezug Bundeswehr in die Schulbildung gewährleistet“* (Sachs 2011, S. 78). Vernichtend klingt ihre Analyse der kulturell negativen Wirkung derartiger Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen: *„Mittels der Veralltäglichen militärischer Gewalt wird der Grundstein für die Akzeptanz des Einsetzens militärischer Mittel oder militärischer Ausrüstung in der Bevölkerung gelegt“* (S. 78).

Erziehung zur Friedensfähigkeit

Der Widerstand gegen Militärwerbung und einseitige Informationskampagnen ist notwendig und muss weitergehen. Das alleine reicht jedoch nicht aus. Ebenso wenig würde in der heutigen Gesellschaft aber auch eine Schonraum-Bewahrpädagogik oder eine ausschließlich am Ideal einer gewaltfreien Gesellschaft orientierte Bildung sinnvoll funktionieren. Beides würde den Kindern und Jugendlichen den Blick auf die Realität und Schwierigkeiten der heutigen Welt verstellen oder verkleistern, was ihnen gegenüber in keiner Weise verantwortbar wäre.

„Kriege als historisch, d.h. als vom Menschen herbeigeführt und deshalb als vermeidbar begreifen zu lernen“ ist das erste Lernziel friedensorientierter Bildung (Nicklas 1996, S. 469). Friedensorientierte Bildung muss sich selbst verstehen *„als Teil des Prozesses, dessen Ziel der Abbau oder die Verringerung von Gewalt ist“* (S. 463). Dazu muss sie auf allen Stufen organisierter Lernprozesse zur Reflexion gesellschaftlicher Zusammenhänge auffordern sowie kritisches Selbstverständnis und konkrete Handlungsfähigkeit fördern. In diesem Sinne trägt Erziehung zur Friedensfähigkeit gleichermaßen zu einem *„Selbstbefreiungsprozess des Menschen“* (S. 471) bei.

Wissenschaft in Verantwortung für Frieden

„Ich möchte an alle eine allgemeine Mahnung richten: dass sie berücksichtigen, welches der wahre Zweck des Wissens ist und dass sie weder zum geistigen Vergnügen noch um des Streitens willen danach streben, sondern um des Wohls und des Nutzens für das Leben willen, dass Hilfe für die Menschen daraus entstehen möge und Erfindungen, die in einem gewissen Maße die Not und das Elend der Menschheit mildern und überwinden können.“ (Francis Bacon; zit. n. Rotblat 2009)

Impulse aus Pugwash und Göttingen

Unter dem Eindruck der Atombombenabwürfe auf Japan und des anschließenden nuklearen Wettrüstens zwischen den USA und der Sowjetunion formulierte der Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell ein noch von Albert Einstein und acht weiteren namhaften Wissenschaftlern mitunterzeichnetes Manifest, in dem vor den Gefahren des Krieges mit Nuklearwaffen gewarnt und die bewusste Entscheidung gegen bewaffnete Konflikte gefordert wurde. U.a. heißt es darin:

„(...) In the tragic situation which confronts humanity, we feel that scientists should assemble in conference to appraise the perils that have arisen as a result of the development of weapons of mass destruction, and to discuss a resolution in the spirit of the appended draft. (...)“
(The Russell-Einstein-Manifesto 1955)

In der Folge kam es 1957 in Pugwash, einem kleinen Fischerdorf in Nova Scotia/Canada zu einem ersten Zusammentreffen von 22 hochrangigen Wissenschaftlern aus zehn Nationen. Der Name *Pugwash Conferences on Science and World Affairs* blieb, auch wenn spätere Zusammenkünfte an vielen verschiedenen Orten stattfanden. Das *Russell-Einstein-Manifest* war ein frühes Signal dafür, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bekennen und in dieser Konsequenz auch politisch Position beziehen müssen.

Über dieses erste Pugwash-Treffen 1957 schrieb der Mitbegründer und langjährige Präsident der *Pugwash Conferences* Józef Rotblat 1996: *„Es ist schwierig, sich das Klima aus Misstrauen und Angst vorzustellen, das zu dieser Zeit herrschte. Es erforderte ein hohes Maß an Zivilcourage zu kommen. Jeder im Westen, der zu solch einem Treffen kam, der über Frieden mit den Russen sprach, wurde als ein Kommunisten-Tölpel angesehen“* (Übersetzung G. Neuneck 2009, S. 378).

1995 erhielten die *Pugwash Conferences* und Józef Rotblat den Friedensnobelpreis. Bei der Verleihung kritisierte Rotblat den immer noch bestehenden Glauben an Wertfreiheit und Neutralität der Wissenschaft:

„(...) You are doing fundamental work, pushing forward the frontiers of knowledge, but often you do it without giving much thought to the impact of your work on society. Precepts such as »science is neutral« or »science has nothing to do with politics« still prevail. They are remnants of the ivory tower mentality, although the ivory tower was finally demolished by the Hiroshima bomb. (...)“
(Rotblat 1995)

In seiner Rede kritisierte er nicht nur die Wissenschaftler, die durch ihre Arbeiten dem Rüstungswettlauf im Kontext von Nuklearwaffen und Kaltem Krieg Vorschub leisteten. Rotblat stellte dabei auch den Bezug zur Gegenwart her. In unterschiedlichen Forschungsfeldern könne es zu negativen gesellschaftlichen Folgen kommen, deswegen seien stete Wachsamkeit gefragt und die Bereitschaft bzw. Verpflichtung, ggf. kritische Entwicklungen auch an die Öffentlichkeit zu bringen:

„(...) But there are other areas of scientific research that may directly or indirectly lead to harm to society. This calls for constant vigilance. The purpose of some governmental or industrial research is sometimes concealed, and misleading information is presented to the public. It should be the duty of scientists to expose such malfeasance. 'Whistle-blowing' should become part of the scientist's ethos. This may bring reprisals; a price to be paid for one's convictions. (...)“
(Rotblat 1995)

In Deutschland wurde am 12. April 1957 von 18 Atomwissenschaftlern die sogenannte *Göttinger Erklärung* herausgegeben, in der sie ihre tiefe Sorge hinsichtlich der Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr artikulierten. In der (richtigen) Erwartung, dass ihre Erklärung die Frage aufwerfen würde, mit welcher Berechtigung sich Wissenschaftler zu dieser politischen Frage äußerten, schrieben sie in der Erklärung:

„(...) Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. (...)“
(zit. n. Albrecht et al. 2009, S. 15).

Obleich die *Göttinger Erklärung* keine ethischen Überlegungen als Argumente heranzieht, wurde die Erklärung im Nachgang dennoch v.a. als „Aufstand des Gewissens“ apostrophiert, der insb. durch die Selbstverpflichtung der Wissenschaftler über ein bloßes Manifest hinausging (vgl. Stölken-Fitschen 2009, S. 87).

Verantwortung für den Frieden auch jenseits des Atomkrieges

„Ganz unabhängig von den Debatten über Nuklearwaffen halte ich es für das Wichtigste, dass man den Krieg als Ultima Ratio ächtet. Es ist keine Ultima Ratio, und zwar nicht nur, weil der Krieg die Falschen trifft, sondern weil er auch das Problem nicht löst. Krieg kann kein Instrument zum Durchsetzen von Interessen sein – ich frage mich, warum man nicht beginnt, Russell-Einstein in diesem Punkt ernst zu nehmen.“
(Hans-Peter Dürr; zit. n. Albrecht et al. 2009, S. 354)

Bei der heutigen Diskussion über die Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und über die Frage von Zivilklauseln an Hochschulen und Forschungszentren hat die Frage des Nuklearkrieges meist nur noch eine Randbedeutung. Dennoch lässt sich aus diesen historischen Beispielen vieles herleiten. Zentral sind insbesondere das Heraustreten aus dem Elfenbeinturm und die damit verbundene Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung.

Seit dem *Russell-Einstein-Manifest* und der *Göttinger Erklärung* haben viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für sich individuelle Entscheidungen getroffen und beschlossen,





die ein oder andere Forschungsfrage nicht anzugehen oder bestimmte Projekte nicht durchzuführen. Das Spektrum der angeführten Argumente reicht dabei weit über politische Erwägungen hinaus: Beispielsweise begründete David L. Parnas 1985 seinen Rücktritt aus einem Beratergremium zum SDI-Projekt³ des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan nicht politisch, sondern er bezog sich auf seine Kompetenz im Bereich der Software-Technik und seine diesbezüglichen Zweifel an einer verantwortbaren Funktionsfähigkeit des geplanten Systems (Parnas 2009, S.8). Weitere Beispiele – auch aus dem Bereich der Informatik: Benjamin Kuipers veröffentlichte 2003 ein Positionspapier, in dem er begründet, warum er keine Fördermittel vom Militär annimmt (Kuipers 2003) – auch um deutlich zu machen, dass man trotz einer derartigen Entscheidung eine erfolgreiche Karriere haben kann. Bereits 1984 hatte Terry Winograd mit seinem kleinen, im CPSR-Newsletter⁴ erschienenen Aufsatz „Some thoughts on military funding“ einige wesentliche Gedanken publiziert:

„Wenn sich ein Einzelner weigert, militärische Fördergelder anzunehmen, ist das ein ‚symbolischer Akt‘ oder etwas, was eine erkennbare politische Wirkung hat? In den letzten Jahren habe ich es vermieden, mich um militärische Förderung zu bemühen, aber insofern ich das privat getan habe, bin ich einer größeren Verantwortung, andere zu beeinflussen, aus dem Wege gegangen. (...)

Der Punkt ist zu fragen, was wir alle zusammen tun und was wir statt dessen tun könnten; dann können wir nach Wegen suchen, wie ein Einzelner Veränderungen bewirken kann.“

(Winograd 1985, S. 169)

Einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können also – ganz im Sinne des bekannten Textes von Wolfgang Borchert⁵ „NEIN“ sagen – und damit ganz individuell für sich Verantwortung zeigen. Wie wäre es also, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen? Rotblat thematisierte dies in seiner Abschlussrede zur 44. Pugwash-Konferenz 1994 und sprach über die Schwierigkeit, so etwas wie einen Hippokratischen Eid für die Wissenschaft zu formulieren, ohne dass dies mehr als einen symbolischen Wert hätte. Er hielt es für „extrem schwierig, eine Formulierung zu finden, die für eine Mehrheit in der wissenschaftlichen Gemeinschaft sowohl

bedeutsam als auch akzeptabel wäre“. Er versprach sich hingegen sehr viel davon, den sozialen Einfluss und die ethischen Folgen wissenschaftlicher Arbeit in die Lehrpläne der Universitäten aufzunehmen (Rotblat 2009, S. 395f) – eine Forderung, die auch heute weiterhin mit Nachdruck vertreten werden muss!

Doch selbst wenn ein übergreifender Eid für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler utopisch erscheinen mag, stellt sich die Frage, ob nicht über individuelle Entscheidungen hinaus zumindest Institutionen als substanzielle Teile gesellschaftlicher Strukturen in vergleichbarer Weise Zeichen setzen können und sollten – auch und gerade mit Blick auf die gesellschaftlich-kulturelle Wirkung solcher Beschlüsse.⁶

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Diskussion um Zivilklauseln an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen ausgesprochen spannend. Ziel ist, an weiteren Institutionen derartige Beschlüsse zu implementieren. Gleichzeitig – so scheint es – hat die oben skizzierte *neue Weltordnung* nun diejenigen Einrichtungen erreicht, welche tatsächlich bereits Beschlüsse in dieser Richtung hatten, mit der Konsequenz, dass diese in Frage gestellt werden.

Als Argument dafür, dass derartige Zivilklauseln „nicht mehr zeitgemäß“ seien, wird zum einen die veränderte weltpolitische Lage angeführt. So wird die Notwendigkeit militärischer Stärke zur Unterstützung humanitärer Einsätze als Argument herangezogen – es gehe ja nicht mehr darum, im Sinne des Wettrüstens Bedrohungspotential aufzubauen, vielmehr seien „friedenssichernde und friedensschaffende Maßnahmen“ Ziel der Militäreinsätze. Wirkliche Belege für nachhaltige Erfolge derartiger Maßnahmen gibt es jedoch nicht – diese bleiben Postulate. Im Gegenteil: An vielen Orten, an denen in den letzten Jahren Militär mit entsprechenden Begründungen eingegriffen hat, ist dieses weiterhin zur notwendigen Stabilisierung im Einsatz – oder es wurden nach dem Abzug instabile Verhältnisse hinterlassen, in denen sich dann neue Machtstrukturen durch mehr oder weniger offene oder strukturelle Gewalt festigen.

Ein zweites, oft angeführtes Argument gegen Zivilklauseln und ähnliche als Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit⁷ interpretierte Regelungen, ist die Schwierigkeit ihrer Operationalisierung: Wer will wie festlegen, ob etwas militärische oder zivile Forschung ist, insb. wenn Erkenntnisse und Entwicklungen in



Ralf E. Streibl

Ralf E. Streibl ist Diplom-Psychologe und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen im Fachbereich 3 (Mathematik/Informatik). Seit 1993 Lehrtätigkeit an der Universität Bremen (Schwerpunkt u.a. „Informatik und Gesellschaft“), dazu seit 2000 Tätigkeit im Studienzentrum Informatik.

Er ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und derzeit Sprecher der GEW-Gruppe an der Universität Bremen, ferner Mitglied im Forum Friedenspsychologie (FFP) sowie im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF).



beiden Bereichen gleichermaßen wirksam werden (Dual-Use-Fähigkeit). Zugegebenermaßen gibt es viele dieser Grenzbe- reiche, somit wachsen die „zivil-militärischen Grauzonen“, wie Liebert anschaulich beschreibt: „Was früher noch eindeutig »schwarz« erschien und nur militärischen Interessen dienlich war, hat auch Einzug in zivile Zusammenhänge gehalten. Um- gekehrt werden ehemals für ‚weiß‘ gehaltene Forschungsberei- che mit dem (oft unzutreffenden) Argument, ökonomisch güns- tiger auch militärische Zielvorgaben erfüllen zu können, in die Grauzone hineingeführt“ (2009, S. 445). Würde dadurch eine Zivilklausel nicht obsolet?

Ganz im Gegenteil: Gerade vor dem Hintergrund der geschil- derten Problematik und Notwendigkeit des Umgangs mit Am- bivalenz in der Forschung gewinnen diesbezügliche Leitziele von Forschungseinrichtungen⁸ und institutionelle Zivilklauseln als klare Bekenntnisse und Rahmen zunehmend an Bedeutung. Nicht alles ist im Vorhinein endgültig beantwort- und entscheid- bar, jedoch nimmt gerade dies die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Pflicht, hinsichtlich ihrer Forschungen und Entwicklungen frühzeitig mit einer Analyse zu beginnen, „die Fragen stellt nach Intentionen, wissenschaftlich-technischen Potentialen, normativen Rand- und Vorbedingungen, ambiva- lenten Entwicklungslinien, gewollten Wirkungen, nicht-inten- dierten Folgen und sichtbaren Entwicklungsrisiken“ (Liebert 2009, S. 448). Die Existenz von Zivilklauseln fordern alle Betei- ligten in Forschung und Lehre dazu auf, sich selbst und anderen in der Institution entsprechende Fragen zu stellen und in einen stetigen und öffentlichen Diskurs zu treten.

In der Erklärung der bundesweiten Initiative *Hochschule für den Frieden – ja zur Zivilklausel* vom Mai 2011, die von einer gan- zen Reihe von Organisationen und Vereinigungen mit getragen wird, heißt es: „Wir wollen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt leisten.“

Um echten Frieden zu schaffen, ist Friedensfähigkeit notwen- dige Voraussetzung – hieran zu arbeiten ist eine große Heraus- forderung und zentrale Aufgabe für Bildung und Wissenschaft.

Si vis pacem, para pacem.

Quellen

- Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.) (2009): Wissenschaft – Verant- wortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Boehnke, K.; Christie, D.J.; Anderson, A. (2004): Psychologische Beiträge zu einer Kultur des Friedens. In: Sommer, G.; Fuchs, A. (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim: Beltz, S.31-43.
- Chomsky, N. (1999a): Die neue Weltordnung. Vorlesung, Bates College, Lewiston, Maine, 1991. In: Chomsky, N. et al.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg. Grafenau: trotzdem, S.11-38.
- Chomsky, N. (1999b): Desinformation und der Golfkrieg. In: Chomsky, N. et al.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg. Grafenau: trotzdem, S.100-122.
- Denninger, E. (2009): Zur Zulässigkeit einer so genannten „Zivilklausel“ im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf
- Fuchs, A. (2004): Vom »neuen Denken« zur »neuen Weltordnung«. In: Sommer, G.; Fuchs, A. (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Kon- flikt- und Friedenspsychologie. Weinheim: Beltz, S.237-249.
- Galtung, J. (1990): Cultural Violence. In: Journal of Peace Research, 27 (3), pp.291-305.
- Galtung, J. (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Opladen: Leske + Budrich.
- Hochschulen für den Frieden – ja zur Zivilklausel (2011): Gemeinsame Erklärung „Hochschulen für den Frieden! – Nein zur Kriegsforschung!- Ja zur Zivilklausel!“ . Braunschweig, 27.5.2011. http://www.asta.tu-bs.de/images/pdf_dokumente/arbeitsgruppen/zivil- klausel/Gemeinsame_Erklaerung.pdf
- Jäger, S. (2011): Militärische Gewalt. Ihre Normalisierung als Produkt multi- pler Denormalisierung. In: Wissenschaft und Frieden, 29 (3), S. 6-8.
- Kuipers, B. (2003): Why don't I take military funding? <http://www.eecs.umich.edu/~kuipers/opinions/no-military-funding.html>
- Liebert, W. (2009): Umgang mit Dual-Use von Technologien und Ambi- valenz in der Forschung. In: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.445-450.
- Meder, G. (1998): Zur Neubestimmung der Rolle der Bundeswehr in den deutschen Printmedien. In: Kempf, W.; Schmidt-Regener, I. (Hrsg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, S.201-210.
- Neuneck, G. (2005): Das Gewissen der Wissenschaft für die Abschaffung der Nuklearwaffen. Nachruf auf Sir Joseph Rotblat. In: Wissenschaft & Frieden, (4).
- Neuneck, G. (2009): Die deutsche Pugwash-Geschichte und die Pugwash- Konferenzen. – Ursprünge, Arbeitsweise und Erfolge – Das Ende des Kalten Krieges und die Herausforderungen der Zukunft. In: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.378-392.
- Nicklas, H. (1996): Erziehung zur Friedensfähigkeit. In: Imbusch, P.; Zoll, R. (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Opladen: Leske+Budrich, S.463-480.
- Parnas, D.L. (2009): Ein Brief aus dem Jahr 1985. Retrospektive. In: FIF- Kommunikation, 26 (1), S.7-10.
- Rotblat, J. (1995): Remember your Humanity. Rede zur Verleihung des Frie- densnobelpreises. <http://www.pugwash.org/award/Rotblatnobel.htm>
- Rotblat, J. (2009): Das vielschichtige soziale Gewissen der Wissenschaftler. Abschlussrede auf der 44. Pugwash-Konferenz 1994 auf Kreta. Abge- druckt in: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): Wissenschaft – Verant- wortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts- Verlag, S.393-400.
- Sachs, L. (2011): Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungsein- richtungen. Eine kritische Analyse. Bachelorarbeit im Studiengang Erzie- hung und Bildung. Pädagogische Hochschule Freiburg.
- Schluroff, M. (1998): Grundlagen der gegenwärtigen deutschen Militärpo- litik. In: Kempf, W.; Schmidt-Regener, I. (Hrsg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, S.195-199.
- Stölken-Fitschen, I. (2009): Die Göttinger Erklärung im zeithistorischen westdeutschen und internationalen Kontext. In: Albrecht, S.; Bieber, H.-J.; Braun, R.; Croll, P.; Ehringhaus, H.; Finckh, M.; Graßl, H.; von Weizsäcker, E.U. (Hrsg.): Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.81-90.
- Tdh/GEW (2011): terre des hommes Deutschland e.V. & Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) (Hrsg.): Bundeswehr und Schule. In: „Die Zeitung“, 2. Quartal 2011 sowie in „Erziehung und Wissenschaft, 9/2011.



The Russell-Einstein-Manifesto (Issued in London, 9 July 1955). <http://www.pugwash.org/about/manifesto.htm>

Willinger, R. (2011): Kinder im Visier. Wie die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt. In: Erziehung und Wissenschaft, (9), S.22.

Winograd, T. (1985): Einige Gedanken zur finanziellen Förderung durch das Militär. In: Bickenbach, J.; Keil-Slawik, R.; Löwe, M.; Wilhelm, R. (Hrsg.): Militarisierte Informatik. Schriftenreihe „Wissenschaft und Frieden“, Bd. 4. Marburg/Berlin/Münster: BdWi/FiF/Natwiss, S.169-173.

(Alle Internetquellen Stand 15.10.2011)

Anmerkungen

- 1 „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!“
- 2 „Dual-Use-...“: Bezeichnung für Forschungsergebnisse, Güter, Materialien etc., die sowohl militärisch wie auch zivil genutzt werden können.
- 3 Strategic Defense Initiative – ein Projekt der US-Regierung zur Abwehr von Interkontinentalraketen (1983)
- 4 CPSR = Computer Professionals for Social Responsibility
- 5 „(...) Du, Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN ! (...)“ – aus Wolfgang Borchert: Dann gibt es nur eins.
- 6 Vgl. auch den internationalen Appell „Commit Universities to Peace – Reject Research for the Military“ von INES – International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility: „Freedom of thought and ideas for a peaceful, sustainable and just world are universal human rights. Today, they are threatened in many places, inclu-

ding even the universities around the world. Growing militarization of academic research in not only engineering and natural sciences, but also humanities, is further eroding those rights. Immediate steps need to be taken to reverse this process. The undersigned believe that universities must focus on promoting peace and understanding among peoples by rejecting any research and teaching for military purposes. We call for the abandonment of all research and teaching for military purposes and urge the university authorities and the responsible academic bodies everywhere to adopt binding commitments in the university statutes similar to Civil Clauses in some countries.“ – Quelle: <http://www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml>

- 7 Zur verfassungsrechtlichen Verträglichkeit von Zivilklauseln liefert u.a. das Gutachten von Denninger (2009) Einschätzungen.
- 8 Auszug aus den Leitzielen der Universität Bremen: „(...) Lehrende und Lernende der Universität Bremen orientieren sich an den Grundwerten der Demokratie, Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit, die in vielen Bereichen auch Gegenstand von Forschung und Lehre sind. Sie werden sich auch künftig mit den Folgen der Wissenschaft in Wirtschaft, Politik und Kultur und mit den Möglichkeiten einer sozial- und umweltverträglichen Nutzung von Forschungsergebnissen (z. B. vorausschauende Technologie- und Wirtschaftspolitik, keine Rüstungsforschung) befassen. Die gesellschaftliche Verantwortung der Universität beginnt in der Region, d. h. mit dem Engagement für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landes Bremen. Sie umfasst auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Unterentwicklung (Nord-Süd-Gefälle). (...)“
Quelle: <http://www.uni-bremen.de/universitaet/profil/leitziele.html>

Wie der Schwerpunkt dieser FiFf-Kommunikation exemplarisch belegt, ist die Verknüpfung von Informatik mit Rüstung und Krieg in vielen Facetten erschreckend aktuell. Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik hat vor rund dreißig Jahren maßgeblich zur Gründung des FiFf beigetragen, wobei es allerdings anfangs vor allem um die wachsende Gefahr eines Atomkriegs ging. Die folgende Retrospektive erinnert an diese Zeit.



INFORMATIKER WARREN VOR DEM PROGRAMMIERTEN ATOMKRIEG

Bis Ende der 60er Jahre stand die Vergrößerung der Vernichtungskraft der Atomwaffen im Mittelpunkt der politischen und militärischen Überlegungen; heute ist es die Zielgenauigkeit. Mit hohem Aufwand haben Wissenschaftler und Ingenieure Waffensysteme entwickelt, die über große Entfernungen in außerordentlich kurzer Zeit mit hoher Treffsicherheit gegnerische Ziele erreichen. Hierbei spielen Computertechnik und Mikroelektronik eine entscheidende Rolle. Frühwarnsysteme und Satellitennetze, mobile Führungs- und Kommunikationssysteme ergänzen das Arsenal der elektronischen Kriegsführung.

Aufgrund der zunehmenden Verflechtung von militärischen und zivilen Bereichen werden alle, die in Informatik- und Elektronikbereichen arbeiten, in die Entwicklung solcher Waffensysteme direkt oder indirekt einbezogen und dadurch gezwungen, Stellung zu nehmen. Wie die Göttinger Atomphysiker 1957 öffentlich gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eintraten, wenden wir uns heute als Informatiker, Ingenieure und Programmierer an unsere Berufskollegen und an die Öffentlichkeit:

Mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missile in der Bundesrepublik Deutschland wird ein qualitativ neuer Schritt hin zu einem Computerkrieg getan, durch den die Bundesrepublik niemals verteidigt, wohl aber vernichtet werden kann.

Plakat der Friedensinitiative des Fachbereichs Informatik der Technischen Universität Berlin
Textausschnitte aus dem Flugblatt zu der Kampagne Informatiker warnen vor dem programmierten Atomkrieg